

Freibärger

Freibergs alternative Zeitung

Inhalt

Seite 1-2

Mit Nazis trauern, statt Nazis vor Gericht zu stellen

Seite 3-5

Stadtbau und kein Ende

Seite 6-7

Vergessener Poet Pfeil
"Sturm 34", eine Justizposse

Seite 8-9

Ablasshandel Demokratiepreis
Film: Springtime for Hitler

Seite 10

Satire, Vergangenes

Seite 11-12

Tootsies & Boggle

Editorial

Supergeil! Freiberg hat ein Schloss, ein richtiges Schloss mit ausgebautem Autobahnzubringer und bald mit einer Bergwerksgarage, direkt am Stollen. Wozu noch die Stadtumgehung? Schließlich müssen doch alle zur neuen Touristenattraktion geführt werden. Das ist wahres Stadtmarketing! Ein anderes Marketing erlebt die NPD an Kiosken in Freiberg. Im Kiosk im Kaufland wurde die Parteizeitung "Deutsche Stimme" bestens positioniert, die Ausgaben des Freibärger so gut wie unsichtbar. Ganz heiß scheint das Freiberg Stadtarchiv auf dieses Blatt zu sein. Da wird quer durch Deutschland nach alten Ausgaben gesucht. Die Redaktion wünscht sich mehr junge MitstreiterInnen! Meldet euch, Kontaktmöglichkeiten bietet das Impressum. Zu Weihnachten wünschen wir Freibergs Jugendlichen eine ordentliche Bleibe: ein von ihnen selbstverwaltetes Jugendzentrum mit eigenen Konzerträumen. Und für das neue Jahr 2008 allen guten Menschen viel Kraft und Phantasie. Bis demnächst

Die Redaktion des FbÄ

Preis: 1/2 EURO

Nummer 59

Dezember/Januar 2007/8



Freibergs völkische Trauergemeinde:

Gemeinsam mit Nazis der Opfer des II. Weltkriegs gedenken

[fbÄ] „Da unsere Oberbürgermeisterin die Freiburger Bürger aufrief, am 18.11.2007, 10.30 Uhr den Opfer des eigenen Volkes zu gedenken, trafen wir uns 10.15 Uhr vorm Donatsfriedhof in Freiberg. 16 Kameradinnen und Kameraden der NPD und der freien Kräfte waren pünktlich vor Ort.“ So feiern sich Freiburger Neonazis auf der homepage der sächsischen „Freien Nationalisten“. Wie schon vor Jahren stellte sich niemand von den Verantwortlichen der Stadt dem nazistischen Treiben entgegen. Damals posierte Finanzbürgermeister Böttcher (SPD) mit den schlagenden Kräften der Burschenschaft Glückauf am Volkstrauertag. Es kam zu einem Disput zwischen dem Freibärger und dem Sozialdemokraten. Schließlich durften die Burschenschaftler nicht mehr im vollen Wuchs aufmarschieren, konnten sich aber immer der Sympathien vom ehemaligen Oberbürgermeister Konrad Heinze (CDU) und dem heutigen Stadtplaner Holger Reuter (einst SPD, dann CDU) sicher sein. „Am Mahnmahl der Freiburger Bombenopfer stellen wir uns so auf, das [sic!] die Oberbürgermeisterin in einem von uns gebildetem Karree ihre Gedenkrede hauptsächlich vor uns halten musste. Dabei blieb ihr und den „Stadtvätern“ der Blick auf unsere Gestecke mit den schwarz – weiß – roten Kranzbändern natürlich nicht erspart“, fabuliert

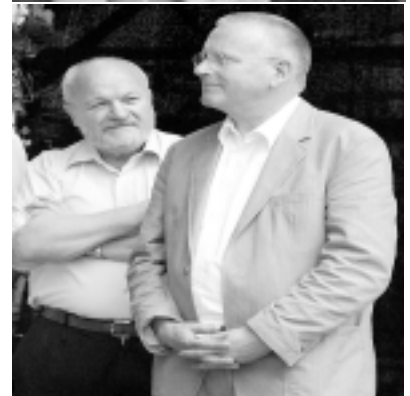


Bild links: Neonazis Braun und Pietsch am sowjetischen Friedhof, Bilder rechts: OBin Dr. Rensch weltoffen; Finanzbürgermeister Böttcher mit Kulturattaché Schwinger (re)

Ohne Kommentar



Freibad an der Mulde

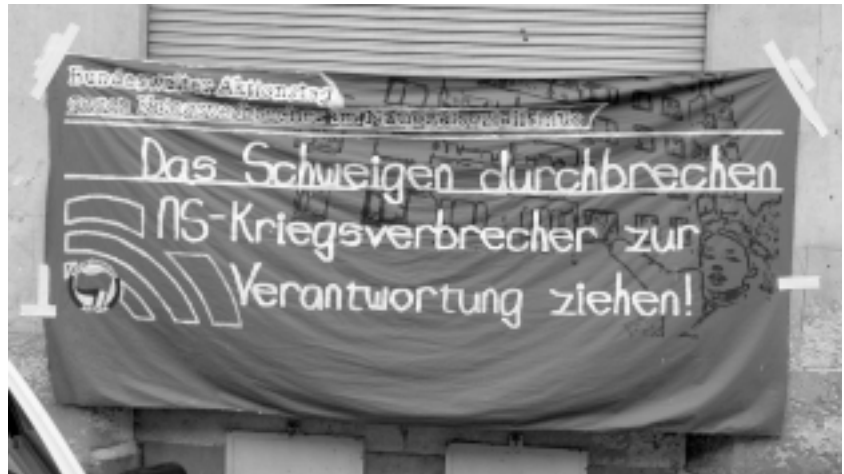
einer der Freiburger Nazis seinen Erlebnisbericht weiter. An der Rede der Oberbürgermeisterin mochten die Nazis nicht kritteln. Sie gehörten zur völkischen Trauergemeinschaft Freibergs und konnten dann mit den Vertretern des „Bund der Stalinopfer“ und mit Mitgliedern des „Verbandes der Heimatvertriebenen“ am Gedenkstein, „der eine Bronzetafel mit den Namen der geraubten Gebiete und den Zahlen der Vertreibungsoffer dem Betrachter ein Stück des Leides unseres Volkes näherbringt“ [O-Ton Nazis]. Ihre Kinder hatten die „KameradInnen“ des Sandro Kempe [NPD-Kreistagsmitglied] gleich mitgebracht, damit sie mit dem „Gedenken an die Opfer unseres Volkes und der Achtung vor den Leistungen unserer Soldaten vertraut gemacht“ werden. Für die Nazis war es ein echtes Erfolgserlebnis und ein Stück Hoffnung es dem „GröFAZ“ einmal nach zu tun. Ihr Fazit: „Es war ein beeindruckender Augenblick, als die Väter mit ihren Söhnen vor die Mahnmale traten und die Söhne die Handgestecke ablegten. ‚Die Väter reichen das Schwert an ihre Söhne weiter‘.“ Vielleicht sollten die Kreistagsmitglieder ihrem „Sohn“ Sandro bei der nächsten Sitzung ein paar Plaste-Panzer schenken. Widerstand gegen Nazis sieht anders aus! Die „Freie Presse“ verschweigt gegenüber ihren LeserInnen den Skandal der Nazi-Aktion. In der Ausgabe vom 19. November wird lapidar über Kranzniederlegungen am Volkstrauertag berichtet und ein Foto zeigt die Kranzniederlegung in Freiberg mit dem Hinweis, dass Siegfried Walther und Erich Bauer vom Verein für die Opfer des Stalinismus auf dem Freiburger Donatsfriedhof an der Gedenkstätte für die Opfer des Bombenangriffs auf Freiberg Blumen niederlegten“. Nicht nur die Eindimensionalität der Opferdarstellung, auch die Fokussierung auf den Verein der Opfer des



Stalinismus deutet an, warum niemand die Nazis von den Gedenkorten gejagt hat.

*Stadtentwicklungsplaner
Holger Reuter ist Burschenschaftsfan*

Bundesweiter Aktionstag: Keine Ruhe für SS-Mörder



[mad] „Die Mörder sind unter uns“. Unter diesem Motto gab es am 1.12. einen weiteren bundesweiten Aktionstag gegen die Verschleppung der Prozessaufnahme im Falle der wegen der Beteiligung an Massakern rechtskräftig in Italien zu langjährigen Haftstrafen verurteilten ehemaligen Angehörigen der SS. Paul Albers, Josef Baumann, Max Roithmeier, Adolf Schneider, Max Schneider, Kurt Spieler, Hans Fritz Träger, Georg Wache, Helmut Wulf, Werner Bruss, Alfred Mathias Concina, Ludwig Göring, Karl Gropler, Georg Rauch, Horst Richter, Heinrich Schendel, Gerhard Sommer, Josef Scheungraber, Herbert Stommel, Heinrich Nordheim und Max Milde sind nur einige der Namen von ihnen. Sie alle verbringen einen sicheren und ruhigen Lebensabend in der Bundesrepublik, obwohl sie verurteilte Kriegsverbrecher sind. Einer von ihnen, Alfred Mathias Concina, wohnt im Freiburger Altenheim Johanna Rau. Dies nahm ein Sprecher der etwa 30 TeilnehmerInnen auf der Petersstraße in Freiberg zum Anlass in seiner Rede auf die skandalöse Prozessverschleppung der Stuttgarter Staatsanwaltschaft aufmerksam zu machen. Deren Chef Häußler macht lieber Jagd auf Antifaschisten, die durchgestrichene Hakenkreuze herstellen, als auf überführte SS-Mörder. Die Resonanz auf die Aktion in Freiberg

war jedoch gering. Ein paar Glatzen liefen mal kurz provokant am Infostand vorbei, aber nur wenige Passanten nahmen überhaupt Notiz. Gegen 12.00 Uhr hielten sich nicht nur wegen des Regens und bei Temperaturen knapp über Null die meisten FreiburgerInnen wahrscheinlich, wenn nicht auf dem Weihnachtsmarkt, dann doch zu Hause am Küchentisch auf. Um dennoch ein paar Leute zu erreichen, zog eine Delegation mit T-Shirts, auf denen die Namen einiger italienischer Naziopfer geschrieben standen über den Weihnachtsmarkt. Neben Freiberg gab es auch in Wurzen einen Infostand, wo Kurt Spieler lebt. Dort war die Situation jedoch noch trostloser. Auf dem menschenleeren Marktplatz verhallten die Worte der Beiträge beinahe ungehört. Die Redaktion des FreibÄrger zieht den Hut vor allen TeilnehmerInnen, die mit ihrer Teilnahme den Konsens des offiziellen Antifaschismus à la Aufstand der Anständigen verlassen und durch Benennung der SS-Mörder vor der Haustür den Konsens des Totschweigens und Verdrängens der Naziverbrechen in solch beschaulichen Kleinstädten wie Freiberg durchbrechen. Nunca mas! Kein Vergessen und kein Vergessen! Keine Ruhe für Concina & Co.!!

Radio Darmstadt:

Bei Freibergs SWG und Darmstadts Bauverein geht Profit vor Menschenwürde

FreibÄrger arbeitet mit Radio Darmstadt zusammen. Es kommt zu regelmäßigem Austausch von Artikeln und Beiträgen. Wir dokumentieren das Sendemanuskript vom 31.10.2007.

[walter kuhl] Im vergangenen Jahr fanden der Darmstädter Bauverein und die Städtische Wohnungsgesellschaft in Darmstadts Partnerstadt Freiberg eine Art Kompromiss nach einer jahrelangen Auseinandersetzung um 930 Wohnungen, die der Bauverein nach der Wende gekauft und anschließend saniert hatte. Vertragsgemäß hätte die Freiburger Wohnungsgesellschaft die Wohnungen wieder zurückkaufen müssen, hatte jedoch kein Geld dafür. Hinzu kam ein Subventionsbetrug in Millionenhöhe, mit dem dieser Deal eigentlich hätte finanziert werden sollen. Der Bauverein hält nunmehr 49% der Anteile und darf in den nächsten Jahren die Gewinne der Freiburger Gesellschaft abschöpfen. Kurz darauf wurde ein neuer Deal aus Fördermitteln subventioniert: Freiberg gehört zu den Städten der ehemaligen DDR, deren Bevölkerungszahl schrumpft. Dies allein wäre kein Problem, wenn nicht immer mehr Wohnungen leer stehen würden. Auch dies wäre nicht allzu tragisch, würde es nicht auf den Gewinn drücken, der aus dem vorhandenen Wohneigentum resultiert. Je mehr freistehender Wohnraum, desto niedriger die Mieten. Um diesem marktwirtschaftlichen Übel abzuwehren, sollen rund eintausend Wohnungen abgerissen werden - und auch hierfür gibt es Fördermittel aus dem sächsischen Landeshaushalt. Das Besondere daran ist: bei einem Drittel dieser Wohnungen handelt es sich um altersgerechten Wohnraum im betreuten Wohnen. Aus Rentabilitätsabwägungen sollen gerade ältere Menschen umgesiedelt werden, die ein besonderes Interesse am Erhalt ihres gewohnten Wohnumfeldes haben. Gerade im Freiburger Stadtteil Friedeburg, dessen Plattenbauten im ersten Deal modernisiert wurden, sollen auf dem Boden der bisherigen Wohngebäude neue familienfreundliche Eigenheime entstehen, die natürlich viel profi-

tabler sind als Wohneinheiten einer Klientel, die bekanntlich nicht so viel Geld auf der hohen Kante hat. Bemerkenswert an dieser Angelegenheit ist, wie die Stadt Freiberg und das Land Sachsen versuchen, sich aus der Affäre zu ziehen. Da werden Gebäude, wenn es paßt, als altersgerecht bezeichnet, oder, wenn es nicht paßt, dieses Etikett mit Verweis auf irgendwelche Paragraphen bestritten, obwohl sogar Schilder mit der Aufschrift altersgerechtes Wohnen gesichtet wurden. Die Wünsche der Bewohnerinnen und Bewohner sind ohnehin irrelevant. Auf einer Podiumsdiskussion Anfang August in der Alten Mensa in Freiberg prallten die verschiedenen Ansichten aufeinander. Die alternative Zeitung Freibergs, der FreibÄrger, fragt dann auch: „Müssen etwa die hochbetagten Bewohner [...] weichen, damit zahlungskräftige Bürger sich an dieser Stelle ihr Häuschen bauen können?“ Der Geschäftsführer der Städtischen Wohnungsgesellschaft, Marcel Sonntag, sprach bei dieser Podiumsdiskussion unverhohlen im Marktjargon der ersehnten Investoren: „Von Menschen hörte man bei ihm meist nur im Zusammenhang mit Kunden, Investoren oder Käufern.“ (So der FreibÄrger.) [FbÄ 58,3] Auf der Webseite der Städtischen Wohnungsgesellschaft Freiberg [seiten/stadtumbau.html] finden wir diesen Sachverhalt verklausuliert wieder. Dort heißt es: "Stadtumbau bedeutet für uns nicht nur Rückbau, sondern beinhaltet vielmehr die Aufwertung der davon betroffenen Stadtteile. So bestehen Möglichkeiten der Ausweisung innerstädtischer Baustandorte für individuelle Eigentumsmaßnahmen wie auch die Anlage von Grünanlagen, Spielplätzen und Pkw-Stellplätzen. Neben der konsequenten Ausrichtung am Wohnraumbedarf kommt in Zukunft der Betreuung mit wohnungsnahen Dienstleistungen eine noch größere Bedeutung zu. Kernziel unserer kundenorientierten Betreuung ist die Erhöhung der Wohnzufriedenheit." Es soll ja Menschen geben, welche diese neoliberal verflokelte Kundenmentalität nicht an sich ausge-

übt wissen und die lieber weiterhin in ihren vorhandenen Wohnungen leben wollen. Für dieses Investitionshemmnis findet sich gewiß noch ein Parkplatz. Es wäre hingegen auch wirklich zuviel verlangt, wenn ein marktwirtschaftlich orientiertes Unternehmen, das zudem in der Hand des Darmstädter Bauvereins ist, der endlich Kohle sehen will, auf einmal ein soziales Gewissen entwickeln würde. Nun, all dies ist in Darmstadt kein Thema. Hauptsache, die drohende Finanzkrise als Nachwirkung des Plattenbaudeals ist ausgestanden und die in Freiberg erwirtschafteten Gelder sprudeln munter nach Darmstadt. Wer sich ausführlicher informieren möchte, kann Freibergs alternative Zeitung kontaktieren. Im Darmstädter Echo hingegen erfahren wir allenfalls etwas über die Sanierung des Freiburger Schlosses Freudenstein, denn dies dient dem Ruhm von Darmstadts Schwesterstadt. Ähnlichkeiten mit bestehenden Umbau- und Sanierungsmaßnahmen in Darmstadt sind nicht zufällig, schon gar nicht herbeigeredet, sondern unvermeidlich.

In ihren Broschüren gaukelt die SWG eine schöne neue Welt vor.

Stoppt endlich die wahnsinnigen Abrisspläne der SWG!

Dokumentation

Netzwerk
Für altersgerechtes Wohnen in Freiberg

Ministerpräsident des Freistaates Sachsen
Herrn Prof. Dr. Georg Milbradt
Staatskanzlei
Archivstr. 1
01095 Dresden

Freiberg, 24. Oktober 2007

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, in Freiberg will die Städtische Wohnungsgesellschaft (SWG) wegen zunehmenden Wohnungsleerstandes in der Stadt demnächst 1000 Wohnungen abreißen. Dazu liegt ein vom Stadtrat beschlossener Stadtumbauplan vor. 331 der für den Abriss vorgesehenen Wohnungen sind speziell für Senioren eingerichtet (altersgerechtes bzw. betreutes Wohnen). Dabei handelt es sich um die fünf Gebäude: Kurt-Handwerk-Str. 2, Paul-Müller-Str. 80, Friedeburger Str. 10, Mühlweg 1,3,3a und Mühlweg 5a. Diese in den achtziger Jahren als altersgerecht errichteten Häuser sind nach wie vor überwiegend von Senioren bewohnt! Diese alten Leute, die z.T. von Anfang an darin wohnen, sich gegenseitig helfen und eine Gemeinschaft bilden, wollen nicht ausziehen. Ihre Meinung wurde bisher ignoriert. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Kurt-Handwerk-Str. 2 haben sich deshalb in einer Petition vom 09.02.2007 (mit 40 Unterschriften) an den Sächsischen Landtag und an das Staatsministerium für Soziales gewandt und um Hilfe gebeten. In einem Antwortschreiben des Petitionsausschusses vom 08.10.2007 wird mitgeteilt, dass „der Petition nicht abgeholfen werden kann“. Die beigefügte Begründung beruht auf zahlreichen Falschaussagen. Jetzt wenden sich die Bewohner erneut an das Netzwerk und bitten die Öffentlichkeit um Unterstützung.

Unser Netzwerk „Für altersgerechtes Wohnen in Freiberg“, bestehend aus Vertretern von Organisationen (Gewerkschaften, Volkssolidarität, Runder Tisch, DMB, BRH u.a.), betroffenen Bürgern, Abgeordneten und Stadt-

räten, hat sich im März d.J. gebildet, als wir um Hilfe gebeten wurden.

Der Stadtentwicklungsplan wurde 2005 ohne Einbeziehung weiterer Kreise der Bevölkerung (z.B. betroffener Bewohner, Sozialverbände, Jahresringe, Mieterverein etc.) passend für den Abbau von Altschulden (3,5 Mio.€) und unter dem Druck eines Vergleichs mit dem Darmstädter Bauverein – also aus überwiegend betriebswirtschaftlichen Gründen – erstellt. Die Abgeordneten wurden laut Aussagen einzelner Stadträte ungenügend genau über die sozialen und mietrechtlichen Zusammenhänge informiert.

Ein Drittel der vom Abriss betroffenen Wohnungen (331 von 1000) ist altersgerecht. Man muss also konstatieren, dass es sich beim so genannten Stadtumbau in Freiberg um einen schwerpunktmäßigen Abriss von Seniorenwohnraum handelt. Das kann man nur als einen sozialen Skandal bezeichnen. Begründet wird der Abriss mit zwei sehr zweifelhaften Argumenten: Erstens wird immer wieder auf die demografische Entwicklung in der Stadt (Bevölkerungsrückgang) hingewiesen. Was die Stadt zwingt, altersgerechte Gebäude abzureißen, kann mit der so genannten allgemeinen Bevölkerungsabnahme aber nicht erklärt werden. Völlig unklar ist der Bedarf der weiter alternden Bevölkerung in Freiberg nach Seniorenwohnungen in durchaus verschiedener Form. Eine solche Bedarfsermittlung ist aber dringend erforderlich. Sie würde den Unsinn, solchen Wohnraum abreißen zu wollen, deutlich machen. Eine entsprechende Forderung des Netzwerks vom März 2007 wird bis heute ignoriert.

Zweitens heißt es in zahlreichen Verlautbarungen der Stadt und im Antwortschreiben des Petitionsausschusses, dass es sich bei den fünf altersgerechten Gebäuden um nicht modernisierte bzw. sanierte Plattenbauten aus DDR-Zeiten handelt. Man könne doch an ihrer Stelle keineswegs modernisierte Häuser abreißen. Diese „Logik“ ist nicht hinnehmbar. Die fünf altersgerechten Häuser sind fast die einzigen, die in den Stadtteilen Wasserberg und Friedeburg in den vergangenen Jahren

nicht modernisiert bzw. saniert wurden. Warum eigentlich nicht? War von vornherein ihr Abriss wegen „Unwirtschaftlichkeit“ vorgesehen?

Das Argument, dass es sich bei diesen Gebäuden um „standardisierte industrielle Wohnungsbautypen des DDR-Wohnungsbauprogramms“ handelt, besagt gar nichts. Auch andere altersgerechte Gebäude in Freiberg wurden zu DDR-Zeiten im Plattenbau errichtet und ... später modernisiert.

Ein entscheidender Punkt im Antwortschreiben des Petitionsausschusses sowie in einem Schreiben des Innenministers, Herrn Buttolo, ist die Behauptung, dass es sich bei den betreffenden Gebäuden nicht um altersgerechte Wohnungen handelt, da sie diesem sozialen Standard nicht entsprechen. Das ist offensichtlich eine gezielte Täuschung der Abgeordneten und der Öffentlichkeit. Einen solchen amtlichen sozialen Standard gibt es (laut Aussage des Staatsministeriums für Soziales auf Anfrage) weder für altersgerechtes noch für betreutes Wohnen. Das Haus Kurt-Handwerk-Str. 2 und die anderen vier Gebäude wurden Ende der achtziger Jahre nachweislich als altersgerecht gebaut und mit allen erforderlichen Einrichtungen für ältere Bewohner (ein oder zwei Fahrstühle, barrierefreier Zugang, Balkone, Gemeinschaftsraum, Gemeinschaftsküche, Räume für Pflegepersonal, Notruf usw.) versehen. Auch in den folgenden Jahren wurden diese Häuser in allen amtlichen Dokumenten stets als „altersgerecht“ akzeptiert und bezeichnet, zuletzt selbst im Plan für den Stadtumbau (!). Noch heute hängen an den Eingängen Schilder mit der Aufschrift „Betreutes Wohnen“. Die grundlegende Ausstattung entspricht übrigens der in den bereits renovierten Seniorenhäusern (Forstweg, Chemnitzer Straße), die nicht auf der Abrissliste stehen. Bisher hat noch niemand sagen können, was in den betroffenen Häusern nicht altersgerecht ist bzw. was fehlt.

Sicher wäre eine normale Modernisierung nötig, jedoch keine „baulichen Investitionen mit unverhältnismäßig hohem Aufwand“, wie es im Antwortschreiben heißt. Da die wichtigsten Einrichtungen für ältere und pflegebe-

dürftige Menschen bereits vorhanden sind, wäre der Modernisierungsaufwand zumindest nicht größer als für „normale“ Wohnungen. Die Mieter betrachten die derzeitige Ausstattung als ausreichend altersgerecht. Mit normalen Reparaturen (Fenster, Fahrstühle) und Renovierung der Flure – alles nicht Modernisierungsaufwand – wäre schon sehr viel getan. Mehr erwarten die Mieter nicht. Noch sind in den Gängen und Treppenhäusern die ersten Tapeten aus den achtziger Jahren an den Wänden! Warum wird hier das Damoklesschwert von Modernisierungsumlagen, die die Mieter nicht tragen könnten, bemüht? .

Als ausgesprochene Verhöhnung der Bewohner muss man die Formulierung im Antwortschreiben des Petitionsausschusses bewerten, dass sie ihre Wohnform lediglich als „altersgerechtes und betreutes Wohnen e m p f i n d e n“. Wenn dafür auch die Kooperationsvereinbarungen der SWG mit ambulanten Pflegediensten als Begründung erhalten müssen, sei lediglich angemerkt, dass auch für alle anderen Freiburger Seniorenhäuser, die der SWG gehören, solche Pflegevereinbarungen existieren. Haben die Bewohner dieser anderen Häuser auch nur solche E m p f i n d u n g e n ?

Was also steckt hinter den amtlichen Bestrebungen, den fünf vom Abriss bedrohten Häusern den Status „altersgerecht“ abzuspochen? Offenbar ist es Absicht der SWG, des Stadtrates und des Sächsischen Innenministeriums, in der Öffentlichkeit den sozialen Skandal zu vertuschen. Wenn die Häuser nicht altersgerecht sind, wäre doch die ganze Aufregung über ihren Abriss übertrieben, unangebracht und umsonst.

Keine geringe Rolle in der Argumentation des Petitionsausschusses und der SWG spielt die derzeitige Belegung der fünf Häuser. Zur Zeit sind sie noch etwa zur Hälfte bewohnt, überwiegend von alten Menschen. Über die Altersstruktur liegen laut SWG keine präzisen Angaben vor. Sie wird angeblich „von älteren Menschen über 65 Jahre geprägt“. Das ist nach unten geschönt. Die Mehrzahl der Bewohner ist über 80 Jahre alt (in der Kurt-Handwerk-Str. 2 z.B. 20, davon 12 über 85 Jahre). Tatsächlich gibt es aber auch einige Studenten und sozial schwache Bewohner, die von der SWG dort eingewiesen wurden. Senioren bekommen seit zwei Jahren keinen Mietvertrag mehr. Es handelt sich also um ein durch Einzugs-sperre und Manipulation künstlich erzeugtes Belegungsbild, bzw. selbst geschaffenen Leerstand. Kein Wunder also, wenn die heutigen Bewohnerinnen und Bewohner darin eine gezielte langfristige Strategie der SWG sehen, um diesen Gebäuden die Eigen-

schaft „altersgerecht“ abzusprechen und sie als „gemischtes Wohnen“ zu deklarieren. Da letzteres - freilich in anderem Zusammenhang - häufig favorisiert wird, bekommt alles noch einen „normalen“ Anstrich. Ein großer Teil früherer Mieter ist in den vergangenen Wochen und Monaten bereits ausgezogen, weil er den ständigen Nötigungen der SWG physisch und psychisch nicht mehr gewachsen war, weil er es mit der geschürten Angst zu tun hatte, am Ende nur noch die schlechtesten Wohnungen zu bekommen oder weil die Angehörigen die Sorgen um den Gesundheitszustand ihrer Eltern nicht mehr ertragen konnten. Auf diese Weise dürfte die SWG ihr Umzugsziel in sehr zweifelhafter, unmenschlicher Art auch ohne Kündigungen erreichen.

Die derzeitigen Mieten sind für die Bewohner bezahlbar und würden bei sofortiger Modernisierung und gesetzlich vorgeschriebener Modernisierungsumlage bezahlbar bleiben. Reparaturkosten dürfen nicht umgelegt werden! Eine Drohung in Richtung nicht verkräftbarer Modernisierungsumlagen ist haltlos. Ein Modernisierungsanliegen sollte den Mietern konkret nach Gesetz vorgelegt werden und nicht in dunklen Andeutungen oder gar Androhungen stecken bleiben. Die Zustimmung zu einer sinnvollen, „sanften“ Modernisierung wäre seitens der Bewohner gewiss.

Welche Alternativen werden den alten, teils hochbetagten, behinderten und kranken Bewohnern angeboten? Einen gleich- oder sogar höherwertigen „Ersatz“ gibt es nicht. Außer einigen wenigen freien Wohnungen in anderen Seniorenhäusern hat die SWG nur leer stehende Quartiere in anderen bereits modernisierten Blöcken anzubieten. Zwar sollen Wünsche der alten Leute weitgehend berücksichtigt werden, aber es gibt nicht genügend kleine bezahlbare Wohnungen in günstiger Lage (Erdgeschoss, 1. Stock, Fahrstuhl). Diese alten Menschen benötigen keine Zwei- oder Dreiraumwohnung. Auch eine Gemeinschaftswohnung ist meist unzumutbar und wird nicht akzeptiert. Außerdem ist ein Umzug in eine modernisierte, noch dazu größere Wohnung immer mit Mehrausgaben verbunden. Die SWG weist zwar ständig darauf hin, dass sie einen Sozialplan für die notwendigen Umzüge erarbeitet hat, aber für diese grundlegenden Probleme gibt es keine sozial vertretbaren Lösungen. Dabei sei von der erzwungenen Auflösung gewachsener Gemeinschaften der alten Menschen in ihrer bisherigen vertrauten Umgebung einmal ganz abgesehen. An dieser Stelle werden alle sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse über das Wohnen im Alter und die Würde des alten Menschen ohnehin gröblichst verletzt.

Bleibt noch die Frage nach den Alternativen, die die Stadt Freiberg ihren älteren Bewohnern heute und in Zukunft zu bieten hat. Welche Überlegungen oder Pläne zur perspektivischen Entwick-

lung altersgerechten Wohnraums, der den unterschiedlichen Bedürfnissen der älteren Bürger heute und in Zukunft entspricht, gibt es? Welchen sozial zumutbaren „Ersatz“ kann man den Bewohnern der vom Abriss bedrohten Häuser in absehbarer Zeit anbieten? Auf solche Fragen kann der derzeitige Stadtrat mit seiner Oberbürgermeisterin leider keine Antwort geben. Dabei müsste doch allgemein klar sein, dass sich solche gravierenden sozialen Veränderungen nur langfristig, auf der Basis verlässlicher Untersuchungen und Daten sowie gemeinsam mit den betroffenen Bürgern erreichen lassen. Leider sucht man bei den Verantwortlichen in Freiberg und Dresden derzeit vergebens nach solchen Einsichten.

Im Antwortschreiben des Petitionsausschusses heißt es abschließend: „ Ein Rechtsanspruch zur Verhinderung von Rückbaumaßnahmen besteht... nicht Dem sächsischen Landtag ist keine Möglichkeit gegeben, in die verfassungsmäßig garantierte kommunale Selbstverwaltung einzugreifen“. Der erste Satz ist deshalb falsch bzw. nur die halbe Wahrheit, weil vor dem „Rückbau“ der „Freizug“ kommt. Dafür gilt jedoch das deutsche Mietrecht, und eine Kündigung verstößt hier gegen das geltende Recht. Ein Beharren auf Abriss und Auszug ist deshalb eine Nötigung. Der Freistaat Sachsen, insbesondere der Landtag und das Innenministerium, können den Abriss altersgerechter Wohnungen in Freiberg sehr wohl verhindern, indem sie die missbräuchliche, gesetzwidrige Verwendung von Fördermitteln (Steuergeldern) für den Abriss altersgerechter, tatsächlich von alten Menschen bewohnten Gebäude verhindern. Diese Mittel dürfen nicht genehmigt werden! Das fordern wir!

Besonders Sie, Herr Ministerpräsident, sollten verhindern, dass in Freiberg das Prinzip „ die Wohnung ist ein Wirtschafts- und ein Sozialobjekt“ mit Hilfe von Ministerien in unmenschlicher Weise mit Füßen getreten wird. Darum bitten wir im Interesse aller betroffenen alten Bewohner.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag des Netzwerks
(Dr. Klaus-Dieter Mund)
Sprecher

Kontaktadresse: Dr. Klaus-Dieter Mund, Freiburger Str. 5, 09600 Oberschöna/GT Kleinschirma, Tel. und Fax: 03731/247727 E-Mail: kd@kdmund.de

Der vergessene Poet: J.G.B. Pfeil

[fbÄ,ray] „Nun lernte ich durch Unterredung überhaupt, durch Lehre, durch so manche widerstreitende Meinung, besonders aber durch meinen Tischgenossen, den Hofrat Pfeil, das Bedeutende des Stoffs und das Konzise der Behandlung mehr und mehr schätzen, ohne mir jedoch klar machen zu können, wo jenes zu suchen und wie dieses zu erreichen sei.“ Der Mann, von dem sich Goethe inspirieren und belehren ließ, war Johann Gottlob Benjamin Pfeil, der am 17. November 1732 als Sohn einer Kaufmannsfamilie in Freiberg geboren wurde. Während Goethe in „Dichtung und Wahrheit“ sehr lobenswert über den Bürger aus Freiberg berichtet, kann sich in Freiberg heute kaum noch jemand an diesen berühmten Sohn der Stadt erinnern. Da fällt kein gutes Licht auf die Kulturverantwortlichen der Stadt. „Wie im Fall Spieß, einfach vergessen“, merkt Ulrike Gärtner, Sprecherin der Heinrich Spiess Gesellschaft, in einem Gespräch mit dem FreibÄrger an. Lassen wir noch einmal den großen Dichter Goethe zu Wort kommen, der Johann Gottlob Benjamin Pfeil bei seinen Tischgesellschaften traf: „...Solange Schlosser in Leipzig blieb, speiste ich täglich mit ihm, und lernte eine sehr angenehme Tischgesellschaft kennen. Einige Livländer und der Sohn des Oberhofpredigers Hermann in Dresden, nachheriger Burgemeister zu Leipzig, und ihre Hofmeister, Hofrat Pfeil, Verfasser des ‚Grafen von P.‘, eines Pendants zu Gellerts ‚Schwedischer Gräfin‘, Zachariä, ein Bruder des Dichters, und Krebel, Redakteur geographischer und genealogischer Handbücher, waren gesittete, heitere und freundliche Menschen. Zachariä der stillste; Pfeil ein feiner, beinahe etwas Diplomatisches an sich habender Mann, doch ohne Ziererei und mit großer Gutmütigkeit; Krebel ein wahrer Falstaff, groß, wohlbeleibt, blond, vorliegende, heitere, himmelhelle Augen, immer froh und guter Dinge. Diese Personen begegneten mir sämtlich, teils wegen Schlossers, teils auch wegen meiner eignen offenen Gutmütigkeit und Zutätigkeit, auf das allerartigste, und es

brauchte kein großes Zureden, künftig mit ihnen den Tisch zu teilen. Ich blieb wirklich nach Schlossers Abreise bei ihnen, gab den Ludwigischen Tisch auf, und befand mich in dieser geschlossenen Gesellschaft um so wohler, als mir die Tochter vom Hause, ein gar hübsches nettes Mädchen, sehr wohl gefiel, und mir Gelegenheit ward, freundliche Blicke zu wechseln, ein Behagen, das ich seit dem Unfall mit Gretchen weder gesucht noch zufällig gefunden hatte. Die Stunden des Mittagessens brachte ich mit meinen Freunden heiter und nützlich zu. Krebel hatte mich wirklich lieb und wußte mich mit Maßen zu necken und anzuregen; Pfeil hingegen bewies mir eine ernste Neigung, indem er mein Urteil über manches zu leiten und zu bestimmen suchte.“ Schon damals mussten - wie heute - junge Menschen Freiberg verlassen, weil es für sie in der Silbermetropole keine Zukunftsperspektiven gab. Pfeil besuchte das Gymnasium in Chemnitz und studierte ab 1752 Jura in Leipzig. Seine literarische Schaffensperiode lag in den Studienjahren. Er verkehrte im Haus von Goethes Schwager Johann Georg Schlosser (1739-1799). Nach Ende des Studiums wurde er zunächst Hofmeister. Der Promotion folgte die Tätigkeit als Justizbeamter in Rammelburg im Harz. Dort starb er am 28. September 1800. Von Bedeutung ist neben seinem Erstlingswerk die ebenfalls 1755 erschienene theoretische Abhandlung "Vom bürgerlichen Trauerspiele". Ein Jahr später veröffentlichte er "Lucie Woodvil", sein eigenes bürgerliches Trauerspiel, das im August 1756 in Danzig von der Ackermansschen Gesellschaft uraufgeführt wurde und auf der Bühne erfolgreicher war als Lessing mit seiner "Miß Sara Sampson". Aus den Literaturgeschichten der Aufklärung ist Pfeil genau so wenig wegzudenken wie Heinrich Spieß. Der „Doktor der Rechte und Amtmann zu Rammelburg im Mannsfeldischen“ ist nämlich nicht allein in den Augen seines Zeitgenossen Friedrich Schulz „ein respektabler Kopf, der sich mit gesunder Philosophie ge-



nährt hat und überhaupt einen Schatz von gemeinnützigen Kenntnissen besitzt, die ihn zu einem grössern Wirkungskreis qualificiren“. Auch Pfeil initiierte

neue poetische Gattungen, das Trauerspiel und die moralische Erzählung zu deren fälschlicherweise Jean-Francois Marmontel gerechnet wird. Pfeil sah in der "Schaubühne" eine "Schule der Sitten", die so wirklichkeitsnah sein sollte, „daß uns oft nur noch einige Schritte fehlen, um eben der Bösewicht zu seyn, der uns auf dem Theater vorgestellt wird“. Nicht der aus sicherer Distanz und nüchternem Prinzip erhobene Zeigefinger liegt also der damit bezweckten moralischen Belehrung zugrunde, sondern unmittelbare und unausweichliche Regungen wie Schrecken, Mitleid und Identifikation. Der aus dem „Mittelstand zwischen dem Pöbel und den Großen“ bezogene exemplarische Fall soll den Zuschauer unmittelbar packen: „Wir können nicht anders“, schreibt Pfeil, „wir müssen anfangen, wegen unserer eigenen Personen zu zittern, sobald wir ihn [den Bösewicht] gestraft sehen.“ Zwei Neuerscheinungen machen das literarische Schaffen Pfeils der Öffentlichkeit wieder zugänglich. Im Wehrhahn Verlag erschien "Lucie Woodvil" und in Röhrigs Universitätsverlag "Versuch in moralischen Erzählungen". Um so verwunderlicher, dass das offizielle Freiberg heute keine Notiz von diesem Poeten nimmt. Keine Straße, kein Platz weist auf ihn hin. Und: er ist nicht der einzige, der die Engstirnigkeit der Freiburger Kulturpolitik offenlegt.

Johann Gottlob Benjamin Pfeil

Lucie Woodvil,
ein bürgerliches Trauerspiel
in fünf Handlungen
Vom bürgerlichen Trauerspiele

Mit einem Nachwort
herausgegeben von
Dietmar Till

Gegen nationale Umtriebe – für alternative Freiräume in Freiberg

[fbÄ, fs-b] Am 7. Oktober 1944 starben 172 Menschen nach einem Bombenangriff der Alliierten auf Freiberg. Damit erlebten die Freiburger Einwohner direkt und unmittelbar die Folgen des vom deutschen Faschismus heraufbeschworenen Krieges. Den Getöteten wurde auf dem Friedhof ein Denkmal und am Freiberg Kolleg eine Gedenktafel gesetzt. Heute haben sich sogenannte Nationalisten dieses Datum ausgesucht, um den „nationalen Widerstand“ mal wieder so richtig zu feiern und die Opfer-TäterInnen-Verhältnisse umzukehren. Im letzten Jahr marschierten über 50 Neonazis in Freiberg auf, legten Kränze für die vermeintlichen Opfer nieder, ohne dass sich ihnen jemand entgegenstellte. Das sollte dieses Jahr alles anders werden. Für den 8. Oktober hatten antifaschistische Kräfte eine Demonstration unter dem Motto „Gegen nationale Umtriebe - für alternative Freiräume in Freiberg“ angemeldet, um in dieser Stadt ein entschiedenes Zeichen gegen Rechts zu setzen. Am Sonntag Morgen ging die Antifademo pünktlich vom Hauptbahnhof los. Ein pöbelnder Nazi sorgte bereits dort für Stress, blieb aber nicht lang. Nach einiger Verzögerung ging es dann endlich die Bahnhofsstraße hinunter, um am Berufsschulzentrum den ersten Redebeitrag vorzutragen. Dort befindet sich eine Gedenkplakette für die 172 Opfer – die einzige Erinnerung in der Stadt und zumindest an diesem Tag ein beliebter Nazi-Pilgerort.

Ein bereits dort niedergelegter Blumenkranz wurde fachgerecht entsorgt und schon ging es weiter die Bahnhofsstraße herab, um über die Poststraße auf die Erbische Straße zu gelangen und hinter dem Rathaus den nächsten Redebeitrag zu gestalten. Es ging um alternative Freiräume – etwas, das in Freiberg, wenn überhaupt, wohl nur spärlich zu finden ist. Den letzten Zwischenstopp machten die etwa 50 TeilnehmerInnen vor dem stadtbekanntem Naziladen „Waffen-Army-Shoes“, wo nochmal ausdrücklich betont wurde, dass dieser Laden in dieser Stadt unerwünscht ist. Im Anschluss machten wir uns auf den Weg zurück zum Bahnhof wo sich die Demonstration auflöste. Seltsamerweise trafen wir während der gesamten Zeit auf keinerlei Naziveranstaltungen und konnten scheinbar ruhigen Gewissens den Heimweg antreten. Gegen 15 Uhr machten wir es uns im Dönerhaus auf der Burgstraße gemütlich, als draußen plötzlich ein Dutzend Nazis mit Reichskriegsflaggen und Transparenten vorbeizogen. Sie kamen erstmal nicht weit, denn bereits hinter dem Rathaus wurden sie von der Polizei gestoppt. Auf unsere Bitte an die Polizei, diese Demonstration aufzulösen, da sie unangemeldet stattfand, bekamen wir allerdings nur patzige Antworten und eine Beamtin des Staatsschutzes in Zivil drohte uns sogar mit Platzverweisen. Mensch, bzw. PolizistIn war der Meinung, es wäre völlig ausreichend, die Nazis aufzufordern, ihre Flaggen und Transpis einzurollen und dann als Spontandemo weiterziehen zu lassen. So marschierten sie dann

auch ohne Polizeieskorte zum Friedhof. Uns hingegen wurde vorgeworfen die Polizeiarbeit zu behindern und wir wurden dazu gedrängt, uns zu entfernen. Das machten wir dann zwar auch, jedoch nicht ohne von zivilen BeamtenInnen des Staatsschutzes begleitet zu werden. An der Postkreuzung kam uns ein Nazi mit halb-offener Jacke und Consdaple-Shirt entgegen, mit dem er an einem Streifenwagen vorbeigegangen war. Wieder baten wir den Beamten, dagegen vorzugehen und wieder wurden wir abgewiesen. Diesmal meinte der Polizist, er hätte gerade eine andere Aufgabe und könne sich nicht darum kümmern. Immerhin hatte er dafür Zeit uns auf unserem Rückweg zu begleiten. So kamen wir voller Wut und Enttäuschung zu Hause an, in uns das Gefühl, alles getan zu haben und dennoch gescheitert zu sein. Immerhin war es wohl nicht unsere Schuld, dass Nazis an diesem Tag ungehindert marschieren konnten.



Polizei stoppt die Nazis kurzzeitig am Rathaus

Sturm 34: Justiz versagt bei der Verfolgung von Nazis.

[fbÄ, redok] Die Staatsanwaltschaft Chemnitz hat bisher insgesamt 54 Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der verbotenen Neonazi-Kameradschaft Sturm 34 geführt. Am 28. November ist vor dem Chemnitzer Amtsgericht der Prozess gegen den als einen der führenden Köpfe des Sturm 34 geltenden Tom Woost ausgesetzt worden - und das nicht zum ersten Mal. Der Grund für diese Verfahrensunterbrechung wird offiziell damit begründet, dass dem Gericht

und der Staatsanwaltschaft zur aktuellen Verhandlung gegen Woost nicht alle relevanten Ermittlungsakten vorlagen. Der Verteidiger von Woost, Hansjörg Elbs, fühlt sich vom Staatsschutz "vereimert". [Sächsischen Zeitung] Die Dresdner Morgenpost berichtet darüber hinaus, dass ein Staatsschutz-Beamter während der Zeugenanhörung vor dem Amtsgericht Chemnitz einräumte, die im Februar 2006 bei einem Angriff auf eine Schülergruppe verwendete „mögliche Tatwaffe, eine zerbrochene Flasche“ sei „erst zwei Tage

nach der Tat“ gesichert worden. Zitat der Aussage: „Spuren waren da aber keine mehr, da war viel Schneematsch.“ Zudem lauschte völlig unzulässig ein als Zeuge geladener Polizist aus Mittweida während der laufenden Chemnitzer Verhandlung im Zuschauerraum seiner anberaumten Vernehmung vorausgehenden Aussagen anderer Zeugen. Bereits Ende Oktober des Jahres musste in Folge einer Justiz-Panne die Hauptverhandlung gegen Woost „wegen eines Verfahrensfehlers“ ausgesetzt werden. Der Prozess gegen

Tom Woost wird am 7. Dezember fortgesetzt. „In der Pressestelle des Amtsgerichts wagt man inzwischen keine Prognose mehr, ob es dann ein Urteil geben wird“ (freipresse.de). Die "Freie Presse" berichtet auch über eine baldige Freilassung des inhaftierten mutmaßlichen Anführers der verbotenen Neonazi-Kameradschaft „Sturm 34“. Während einer Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht stellte sich heraus, dass das Chemnitzer Gericht für drei von vier Tatvorwürfen nicht mehr zuständig ist. Auf Antrag des Verteidigers muss das Oberlandesgericht (OLG) in Dresden nun eine Haftprüfung vornehmen, weil Tom W. bereits seit sechs Monaten in Untersuchungshaft sitzt. Den Überfall auf das Café Courage in Döbeln, die Bedrohung eines Schwarzafrikaners in Mittweida sowie ein Fall von Körperverletzung in Lunzenau wurden auf Antrag der Verteidigung aus dem Verfahren abgetrennt und an die Staatsschutzabteilung am Landgericht Dresden verwiesen. Begründung: Die Staatsanwaltschaft in der Landeshauptstadt hatte gegen die führenden Köpfe von „Sturm 34“ zwischenzeitlich Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung erhoben. In der Anklageschrift heißt es, die rechtsextremistische Kameradschaft sei im März 2006 in Mittweida gegründet worden. Daher sind nun alle späteren Straftaten, die Tom W. und weitere mutmaßliche Mitglieder von „Sturm 34“ als kriminelle Vereinigung begangen haben, vor der Staatsschutzabteilung in Dresden zu verhandeln. Mit der Eröffnung dieses Verfahrens wird nicht vor Mitte 2008 zu rechnen sein.

[siehe auch Olaf Meyer, www.redok.de]



Noch ist nicht bekannt, wer außer Woost (Bildmitte, li) als Mitglied vom "Sturm 34" angeklagt wird

Milbradt als Schirmherr der Zivilgesellschaft: Großer Ablasshandel in Dresden

[mad] Es ist schon einigermaßen grotesk, wenn Leute, die sonst keine Gelegenheit scheuen, den rassistischen Konsens zu verharmlosen, plötzlich in die Rolle der Förderer von Zivilcourage schlüpfen. So ein Lehrbeispiel an politischer Standpunktverwirrung fand am 9. November in Dresden seinen vorläufigen Höhepunkt. Dort galt es den sächsischen Förderpreis für Demokratie 2007 an die Frau und an den Mann zu bringen. Aus den 80 Initiativen die sich beworben hatten kamen 15 in die engere Wahl, darunter auch die Freiburger Jugendinitiative „buntes Leben“. Den Preis initiiert hatte die Amadeu Antonio Stiftung. Mit im Boot saßen außerdem die Dresdner Bank und der Spiegel, die Kulturstiftung Dresden, die Stiftung Frauenkirche Dresden und die Freudenberg Stiftung. Ministerpräsident Milbradt, der im Sommer nach der sogenannten „Ausländerjagd“ in Mügeln und der folgenden allgemeinen Empörung in den Medien eher von einer Hetzjagd auf Mügeln Bürger sprach als sich betont vom rassistischen Konsens der gesellschaftlichen Mitte zu distanzieren, hielt die erste Festrede. In ihr betonte er die Wichtigkeit von gelebter Demokratie. Zivilcourage sei der Anstand des Einzelnen sagte Milbradt, dessen Polizei nicht müde wird bei Demonstrationen Neofaschisten den Weg frei zu prügeln und AntifaschistInnen zu kriminalisieren. Die momentane sächsische Regierung wirft jedes Jahr Millionen für den Verfassungsschutz zum Fenster hinaus, damit dieser eine Vielzahl von AktivistInnen des vorgeblich so hofierten zivilgesellschaftlichen Engagements bespitzelt. Wenn also Milbradt den Kämpfer für Demokratie mimt und dabei schon in die Gesellschaft von AntifaschistInnen geraten muss, verwundert es nicht, dass neben dem „Netzwerk für Demokratische Kultur in Wurzeln“ und dem „Bündnisses für Menschenwürde - gegen Rechts-Extremismus im Landkreis Mittweida“ auch ein eigens von Milbradt gestifteter Preis vergeben wurde. Diesen erhielt das Projekt „Schulmuseum Leipzig“, welches



getreu der herrschenden Totalitarismuskonzeption die Möglichkeiten des Widerstandes in der Schule während der Zeit der „zwei deutschen Diktaturen“ untersucht. Diese widerwärtige Verharmlosung des Faschismus in Deutschland einerseits und unerträgliche Diffamierung des ersten Versuches eines antifaschistischen und sozialistischen Deutschlands andererseits ist Mission der bürgerlichen AntifaschistInnen vom Schlage Milbradt. Diese vereinnahmten das Etikett Antifaschismus und blenden mit aller Macht den Zusammenhang zwischen kapitalistischer Ausbeutung und Faschismus aus. AntifaschistInnen, deren Motivation aus der Erkenntnis resultiert, dass die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse als Mitursache des Faschismus ebenfalls angegriffen werden müssen, sind Milbradt & Co. suspekt. Folgerichtig war deshalb auch Milbradts Verweis auf das Datum der Preisverleihung - der 9. November. An jenem Tag also an dem 1989 das Ende des ersten antifaschistischen, sozialistischen Staates in Deutschland seinen Anfang nahm. In seiner Rede spannte Milbradt an dieser Stelle einen Bogen von den faschistischen, antijüdischen Pogromen am 9. November 1938 zu den Ereignissen 1953 in Görlitz, bis über die Montagsdemonstration in Leipzig, wo, das scheint Milbradt verdrängt zu haben, anfänglich für einen besseren Sozialismus demonstriert wurde. Milbradt, der kein Problem damit hat, am 13. Februar Kränze in Gegenwart von Vertretern der NPD auf dem Dresdner Heidefriedhof ab-

zulegen, verstieg sich schließlich zu der Behauptung, dass es in Sachsen keinen Platz für Extremisten gibt. Nachdem die VertreterInnen der Freibärger Jugendinitiative „buntes Leben“ diese Heuchelei ertragen mussten, sprach der Chef des Ressorts Innenpolitik der Süddeutschen Zeitung, Heribert Prantl. Dessen Rede hob sich zwar wohlthuend ab, jedoch sprach er auch lediglich vom Kampf gegen Extremismus, ohne klar für antifaschistische Positionen Stellung zu beziehen. Prantl verließ jedoch den langweiligen Festredenrahmen, indem er sich traute zu bemerken, dass öffentlich vorgetragene Bekenntnisse gegen Rassismus ja gut und schön sind, aber die Frage sei doch wie ganz konkret Rassismus bekämpft werden kann. An dieser Stelle hätte natürlich ein beherztes Plädoyer für die erforderliche Breite und Einheit von verschiedensten antifaschistischen Widerstandsformen vom Verfassen von Artikeln und Flugblättern bis hin zu militanten Aktionen kommen können, aber das kam nicht. Immerhin verdeutlichte Prantl die Dringlichkeit des Kampfes für Demokratie, indem er nicht nur meinte, der Status quo müsse verteidigt werden, sondern in einigen Bereichen gibt es bereits deutliche Erosionserscheinungen. Es geht also nicht nur, so Prantl, um die Verteidigung, sondern oft genug auch um Zurückdrängung von antidemokratischen Tendenzen und Rassismus. Sogar vom Zerfall des sozialen Zusammenhalts als Teil der Ursache für die aktuellen Probleme sprach Prantl. Leider bezog er aber auch hier keine klare Position. An so eine Floskel können problemlos wirtschaftsliberale Schwarz-, Gelb- und Grünliberale anknüpfen, deren Konkurrenzfetischismus dem Sozialdarwinismus der Nazis in nichts nachsteht. Wohin so was führt, sieht mensch in Kampagnen, die versuchen den sogenannten sozialen Zusammenhalt mit Phrasen à la „sozial ist was Arbeit schafft“ oder „Du bist Deutschland“ herbei zu plakatieren. Das dieser ach so beschworene soziale Zusammenhalt gerade ständig Attacken von eben jenen Vertretern der Preis auslobenden Klientel um

Dresdner Bank, Springerpresse und ganz großer Koalition aus CDU/SPD/FDP/Grüne unterliegt, war leider bei Prantl nicht zu hören. Den Ausgezeichneten ihrerseits bleibt zu wünschen, dass sie die erteilten Gnaden erweise der Obrigkeit auch als solche sehen. Denn derartige Alibiveranstaltungen sind eher dazu angedacht den Damen und Herren AusgabenkürzerInnen, SozialstaatsverschlinkerInnen, BürgerrechtsfeindInnen und NaziverharmloserInnen ein gutes Gewissen zu verschaffen und die mit dem Geld bedachten durch Umarmung zu zähmen. Eins ist sicher: Die Freibärger Jugendinitiative „buntes Leben“ lässt sich nicht durch ihre Nominierung entpolitisieren und darüber hinaus können Rensch, Milbradt & Co. sicher sein, dass die ausgelegten Entpolitisierungsköder nicht willig ge-

Filmrezension

Springtime for Hitler

[mad] Langsam ist sie schon verblasst die Erinnerung an jene peinlichen Versuche aus deutschen Landen, irgendwas Komisches an Adolf Hitler zu finden. Über Streifen wie „Mein Führer - Die wirklich wahrste Wahrheit über Adolf Hitler“ von Dani Levy redet kein Mensch mehr und in den Videotheken ist der Film auch aus den vorderen Regalen verschwunden. Leider landet die DVD dort aber vielleicht im Schubkasten in unmittelbarer Nähe einer wahren Perle wie Mel Brooks Komödie und Satire „Springtime for Hitler“. Was Dani Levy falsch macht, hat Brooks vermieden. Irgendwas Komisches am Massenmörder Hitler zu finden, und dann grandios das eigene Scheitern ob der Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens vorgeführt zu bekommen, macht Brooks nicht. „Springtime for Hitler“ richtet sein Augenmerk vielmehr auf Personen, die genau das machen was Levy versuchte, nämlich mit dem Gröfaz Kohle zu machen. Das geht wie von Levy eindrucksvoll demonstriert natürlich gründlich in die Hose und die Lacher über solch ein aussichtsloses Unterfangen sind vorprogrammiert. Brooks schafft es aber, den Ball flach zu halten. Er will nicht Spaß um jeden Preis, sondern er macht neben der Komödie noch eine handfeste Satire. Um keine Verwirrung aufkommen zu lassen, gibt es im Film ein Theaterpublikum, dessen Reaktion als Testfall für die eigene Reaktion

schluckt werden. Ideen für die Verwendung der 10.000 Euro Preisgeld hat es schon gegeben. Z.B. hätte der an Ministerpräsident Milbradt gerichtete offene Brief vom Freibärger Vorsitzenden des Mietervereines Klaus Dieter Mundt als Flugblatt verteilt werden können. Da es nun dazu nicht kommen wird, bekam Milbradt den Brief kurzerhand persönlich überreicht. Mit väterlichem Lächeln nahm der Herr Ministerpräsident das Schreiben an sich, schob es in seine Manteltasche und versprach, es sich mal anzusehen. Auf die Reaktion kann mensch gespannt sein. Wahrscheinlich wird es aber in Sachsen demnächst keinen Preis für konsequentes Einschreiten gegen den staatlich, also mit unseren Steuergeldern bezahlten, Abrisswahn geben.

fungiert. Durch diesen Trick erzeugt Brooks den nötigen Abstand, den mensch braucht, um sich eine eigene Meinung zu bilden. Interessant ist die Tatsache, dass es zwei Filmversionen der gleichen Story gibt. Bereits 1968 führte Brooks Regie bei einem Film mit dem gleichen Titel und der gleichen Story. Die neuere Version von 2005, gedreht von Susan Stroman, ist aber bei weitem besser durchkomponiert und lustiger als die Originalversion von 1968. Gut Ding will eben Weile haben und das 37-ig jährige Warten hat sich gelohnt.

„Springtime for Hitler“, 2005, Regie: Susan Stroman



Nachrichten vom anderen Stern

Satire

Wirr Wahr

Schieberbanden im Rathaus?

[wirrwahr] Der Lokalchef der „Freien Presse“ hat eine Schmonzette über das Rathausleben in Freiberg verfasst. Die Zeitung hat ja bekanntermaßen das Monopol auf die Wahrheit hier in der Region. Wir glauben dem Blatt alles, was es von sich gibt. In jenem Traktat nannte Uwe Kuhr den Stadtrat eine Veranstaltung, „wo gern Dinge in Schuhe geschoben werden“. Wirr? Wahr ist, dass der hauseigene Karikaturist Thomas Freitag diese Aussage in seine Federzeichnung aufnahm. Er lässt diese Worte den Sankt Nikolaus sprechen. Die Wirr-wahr-Redaktion hat ein wenig nachgeforscht. Wer könnte wem im Rathaus Dinge in die Schuhe geschoben haben? Das jüngste Paar Füße gehört einem von den Nazi-WählerInnen ins Parlament geschickten Mann. Ist er vielleicht kein Nazi, wer aber könnte ihm das in die Schuhe geschoben haben. Von der Oberbürgermeisterin wissen wir seit dem 18. November, dass sie auch schwarz-weiß-rot bei Traueransprachen nicht verachtet. Und waren es nicht ausgemachte Linke, die im Wahlkampf einem Nazi Braun das Wort redeten? Was aber ist mit dem CDU-Vorsitzenden im

Jugendwohlfahrtsausschuss, der keine Extreme mehr zu erkennen vermag. Schieb, schieb, schieb, alle haben dich lieb“, so ähnlich sang Gildo Horn auf einem berechtigten Freiburger Bierfest. Der Angestellte der „Freie Presse“ hat anderes im Sinn, er vermutet Schuldzuweisungen bei den Themen Stadtmarketing, Tiefgarage – alles Probleme, die in Freiberg ganze Steinlawinen auslösen könnten. Wohl gemerkt keine Freudensteine. Die aus der Gaunersprache stammende Bedeutung von "schieben" lautet Waren illegal an andere Besitzer bringen, vertauschen oder auf dem schwarzen Markt unlautere Geschäfte machen, was seit dem I. Weltkrieg geläufig ist. Vielleicht aber hat der Lokalmatador der "Freien Presse" aufgrund seiner detaillierten Ausbildung zum Journalisten eher die Börsen- und Kaufmannssprache im Sinn, in der von "schieben" die Rede ist, wenn Wechsel, Hypotheken zum Schein in andere Hände gebracht werden. Als Bewohner einer Bergstadt könnte ihm auch das bergmannssprachliche "Geschiebe" vorschweben, das seit dem 17. Jahrhundert für Gestein, Geröll steht. Zuguterletzt könnte er sich auch seiner eigenen Studienzeit erinnern haben, denn als "Schieber" wurden junge Studenten bezeichnet, die sich während des Semesters heimlich nach Hause absetzten. Die Wirr-wahr-Redaktion möchte sich lieber auf die Gaunersprache berufen, in der "schiebt" jemand, der unlautere Handelsgeschäfte macht und das passt am ehesten auf manchen Freiburger Deal, der seinen Ausgang im Rathaus nahm, wo schon manche "Schiebung" - synonym für Intrige und Betrug - initiiert wurde. Es ist nicht immer einfach, die "Freie Presse" richtig zu verstehen. Nu?



Vergangen aber nicht vergessen

Offener Brief an Kreistagsabgeordnete und Stadträte von Freiberg

Betrifft: Umgang mit rechtsradikalen demokratiefeindlichen Organisationen
 Sehr geehrte Freiburger Abgeordnete!

Die Redaktion des FreibÄrger, der alternativen Monatszeitung aus Freiberg, wendet sich mit einem konkreten Anliegen an Sie. Beim Rückblick auf das vergangene Jahr und auf einige öffentliche Auftritte wichtiger Repräsentant(innen) von Kreis und Stadt Freiberg ist uns aufgefallen, daß sich demokratisch gewählte Abgeordnete immer häufiger mit Mitgliedern der Burschenschaft „Glückauf“ in der Öffentlichkeit zeigen. Das letzte Ereignis liegt knapp einen Monat zurück: anlässlich des Volkstrauertags am 15. November kam es zu einer gemeinschaftlichen Kranzniederlegung vom stv. Bürgermeister Böttcher und Mitgliedern der Burschenschaft „Glückauf“. Aber auch der Oberbürgermeister Konrad Heinze ist sich nicht zu schade in Begleitung der an der Spitze im vollen Wuchs marschierenden Burschenschaft an einer Bismarck-Gedenkveranstaltung am Platz der Oktoberopferteilzunehmen. Die Totenehrung im November ist in der Freiburger Ausgabe der „Freien Presse“ und im Amtsblatt der Stadt Freiberg auch photographisch dokumentiert, wobei das Amtsblatt den „Volkstrauertag“ mit dem „Totensonntag“ verwechselt. Auf beiden Bildern wird der Eindruck erweckt, die Ehrung der Kriegstoten sei nur eine Angelegenheit von Bürgermeistern und von mit Säbeln aufmarschierten Mitgliedern der Burschenschaft „Glückauf“. Solche Auftritte können der Pflege demokratischer Kultur nicht gerecht werden. Im Gegenteil: hier wird undemokratischen Kräften dieser Gesellschaft mit Hilfe demokratisch gewählter Abgeordneter ein öffentlicher Raum zu ihrer unseligen Traditionspflege geboten. Bürgerinnen und Bürger der Stadt Freiberg erhalten den Eindruck, daß die Burschenschaft „Glückauf“ zu einem festen Bestandteil der städtischen Kultur gehört, die vom Bürgermeister und anderen Abgeordneten geradezu gesucht wird.

Verschickt Anfang Dezember 1998

Die Tootsies (Serie)

Die große Biege

Think-Tootsie hielt am Vorabend der großen Biege eine Art Abschiedsvortrag, in dem er das Scheitern eines alternativen Lebensentwurfs skizzierte. „Gelebte Utopie“ lautete der Titel. Seine Stimme erklang nicht ganz fest, als er fortfuhr, die Geschichte der Tootsies aus der Silbermetropole zu erzählen. Die Tootsie-Kommune verhielt sich völlig ruhig. Selbst Punk-Tootsie entwich kein beißender Kommentar. „Im Sommer 1994 wurde ein Haus im Münzbachtal besetzt“, erklärte Think-Tootsie, „Mit der Besetzung, und dem daraufhin zustande kommenden Vertrag, wurde etwas Einzigartiges für diese Region geschaffen, nämlich ein Raum der frei war von Bevormundung und Gängelung. Selber denken und handeln war angesagt. Wer sich irgendwie einbringen oder den Raum nutzen wollte, konnte das tun, ohne groß um Erlaubnis fragen zu müssen. So wurden den Jugendlichen nicht vorgefertigte Denk- und Verhaltensweisen eingerichtet wie anderswo, sondern eine Eigenständigkeit gegeben, die auch notwendig war, um das gemeinsame alternative Projekt in Gang zu halten. Alles wurde von allen diskutiert, organisiert und durchgeführt, es wurde versucht, hierarchische Strukturen abzubauen. Ein Leben ohne Chefs! Es wurde

ein Freiraum geschaffen, um Alternativen zur Gesellschaft im kleinen Rahmen auszuprobieren und zu leben. So fanden jede Menge Partys und Konzerte statt, weg von Mainstream und Kommerz. Bei großen Veranstaltungen waren über 300 Leute anwesend. Sozial Schwächere wurden integriert und nicht durch teure Preise ausgeschlossen. Regelmäßiges Kino, Vokü und Infoveranstaltungen förderten das Beisammensein und die Diskussion. Kritisches Denken wurde angeregt und nicht die stupide Übernahme von Floskeln aus Politik und Medien. Es bildete sich das Bewusstsein, Einfluß auf das zu haben, was in der Umgebung geschieht. Das Alles war natürlich einer Stadtverwaltung, in der die Mittelmäßigkeit regiert und die gewohnt ist, alles so zu lassen wie es ist, ein Dorn im Auge. Bis zum Schluss wurde den jungen Menschen jeder zur Verfügung stehende Stein in den Weg gelegt. Friedliche Demos wurden mit Chaostagen gleichgesetzt und Angst vor gewalttätigen bösen Jugendlichen in der Bevölkerung geschürt. Mehrfach wurde versucht die Arbeit der jungen Leute durch Bauauflagen zu behindern und am Ende erfolgreich zu verhindern. Möglichkeiten sich unkommerziell durch Plakate öffentlich zu äußern wurden kriminalisiert und Falschinformationen in der bürgerli-

chen Presse verbreitet. Allgemein wurde das ganze Engagement der Jugendlichen, sich antifaschistisch und antirassistisch zu betätigen, in eine extremistische Ecke gestellt und dadurch kriminalisiert. Fakten über Naziaktivitäten, von den Jugendlichen öffentlich gemacht, wurden von den Offiziellen der Stadt stets geleugnet, vertuscht oder einfach verschwiegen. Sprühereien waren für die Stadt immer schlimmer als von Nazis begangene gefährliche Körperverletzungen, die störten ja das Stadtbild nicht. Das Ergebnis solcher Politik ist deutlich zu spüren. Durch die Schließung von Jugendklubs sind wesentliche Treffpunkte für nicht Mainstream- bzw. nicht Nazi orientierte Jugendliche zerstört worden. Geblieben sind Jugendtreffs, in denen böhse onkelz Partys gefeiert werden, also rassistischem Liedgut Tür und Tor geöffnet wird. Think-Tootsie endete hier mit seinem Rückblick. Alle anwesenden Tootsies wussten, was zu tun war und nicht nur das war gut so. Als Kommissar Mario Katzenhai zum Dienst antrat, war ihm der Weg zur täglichen Arbeit seltsam ruhig vorgekommen. In der Dienststelle erfuhr er den Grund für das laute Schweigen. Auf seinem Schreibtisch lag ein kleiner Zettel im Format jener Notiz ähnlich, die ihm schon mal ein neues Auto versprach. Er stutzte und las halblaut vor sich, immer noch nach der Nougat-Schokolade in der Schreibtischschublade grabend: „Heute Nacht haben tausende von jungen Menschen die Stadt verlassen. Sie sangen dabei ein Lied "Auf Glück die Steiger gehen und kehren nie mehr zurück, das Lichtlein, das ihnen so spärlich brannte, ist für immer nun verlöscht.!“ und sie hielten sich dabei an den Händen. Autos, voll gepackt mit kleinen Kindern und Gebrauchsgegenständen fuhren hupend – wie bei einer Hochzeitsfeier oder wie beim WM-Taumel – fahnenlos um die alte Stadtmauer und verschwanden über die Weingasse Richtung Dresdner Straße. Es waren keine polizeilichen Maßnahmen notwendig.“ Katzenhai unterbrach seine Suche nach der Nougat-Schale. „Der Rattenfänger war da!“ mur-



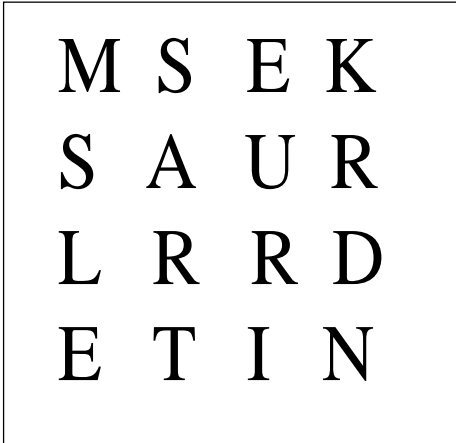
melte er vor sich hin und ihm war schlagartig klar, dass er allein war in der Stadt. „Eine Stadt des Grauens“, wie Bäckermeister Weichmann einmal in seinen Schaufenstern plakatierte. „Kindergärten, Schulen, die Bergakademie – die können jetzt alle geschlossen werden. Wer besucht jetzt noch Schloss Freudenstein, wer würde noch in die Alte Elisabeth einfahren?“ Kommissar Katzenhai schleppte sich traurig an das Fenster seines Dienstzimmers. „Habe ich dafür gearbeitet? Habe ich dafür gelebt?“ Aus dem Dienstradio ertönte ein altbekannter Schlager von Silly: „Der Wohnblock liegt am Abend wie ein böses Tier, wo sie zu Hause sind, der Sprechfunk ruft nach ihnen, doch sie bleiben hier, wo sie zu Hause sind. Sie rücken aneinander auf der Spielplatzbank, wo sie zu Hause sind, der Recorder macht für sie die Dämmerung lang, wo sie zu Hause sind, wo sie zu Hause sind, in die warmen Länder würden sie so gerne flieh'n, die verlorenen Kinder, in den Straßen von Berlin.“ "Ach, Berlin", seufzte der Kommissar, "was wollen die denn da. Das ist doch keine Bleibe für junge Leute." Katzenhai griff in seine Schublade, kramte seine Walther P65 hervor, zog das Magazin heraus und ging mit langsamem, aber bedeutendem Schritt zur oberen Etage des Dienstgebäudes. Sein Blick fiel auf dem Innenhof auf jene Stelle, wo vor hundert Jahren eine junge Frau geköpft wurde. "Grausame Stadt", murmelte Katzenhai vor sich hin. Inzwischen hatte er auch seinen Dienstaussweis gefunden. Vorsichtig wischte er die Schokoladenspuren von der Plastefolie und klopfte an die Tür. Sein Vorgesetzter, der ehemalige Polizeihundeführer Harschie, empfing ihn mit strengem Blick. Katzenhai wollte keine große Szene. Er legte seine Dienstwaffe auf den Schreibtisch seines Vorgesetzten, zählte ihm die Patronen vor und schob den Dienstaussweis über den Tisch. "Ich gehe, Chef!" Der startete ihn ungläubig an: "Sie auch!" Kommissar Mario Katzenhai hatte ihm schon den Rücken zugekehrt. Die

nicht enden wollende Ansammlung von jungen Menschen hatte längst den Erzgebirgskamm überschritten. Sie gehen in eine neue Welt, nicht mehr zu töten, aneinander zu respektieren, los gelassen von menschenfeindlichen Ideologien über die Brücke der Verweigerung, keine Dürrenmattschen Mitmacher mit all ihren Schwächen, bereit zu lernen mit und voneinander, subjektiv ehrlich im gemeinsamen Umgang, die von der Vergangenheit befreiten Kinder, ohne das Stigma der Barbarei, aber dem Wissen darum und einem unbeugsamen Willen, soetwas nie mehr zuzulassen, keine Rollenspiele mehr, bar jeglicher Herrschaft: Die Tootsies.

Übereinstimmungen mit real existierenden Personen und tatsächlichen Begebenheiten sind rein zufällig und nicht beabsichtigt. H.P.

Rätsel-Eckchen

Was steckt so alles d'rin?



Boggle für alle

Mensch suche mindestens 4-buchstabile Wörter [nach oben keine Grenze]. Die Buchstaben müssen (benachbart) miteinander verbunden sein. Ein Buchstabe darf in einem Wort nicht zweimal benutzt werden. Eigennamen, geografische Begriffe, Abkürzungen - müssen leider draußen bleiben. Es geht alles, was im Rechtschreibduden gefunden wird. Wer die meisten Wörter-Punkte erzielt (4 Buchstaben- 1 Punkt, 5 Buchstaben- 2 Punkte, usw.), der/die erhält einen Gutschein für einen Brunch im Antik-Cafe in der Waisenhausstraße und darf einmal richtig gut schlemmen! Das Boggle aus Nr. 58 gewann Erika I. aus Freiberg. Herzlichen Glückwunsch, viel Spaß beim Brunch und allzeit "Gut Boggle!"

Impressum V.i.S.d.P.: Andreas Koch, Freiberg **Anschrift der Redaktion:** FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg **e-mail:** freibaerger@gmx.net **Internet:** www.freibaerger.de **Druck & Verlag:** Eigendruck und Selbstverlag **Satz & Layout:** Katmatray, Freiberg **Erscheinungsweise:** zweimonatlich **Hinweise:** Bildrechte bei FbÄ-Archiv! Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne. **UnterstützerInnen:** Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzeitung "Quer", Bürgerinitiative "Kein Nazizentrum in Gränitz und auch nicht anderswo!", Einzelpersonen aus Brand-Erbisdorf, Eppendorf, Freiberg, Kleinschirma, Langenau, Tuttendorf und Zug.